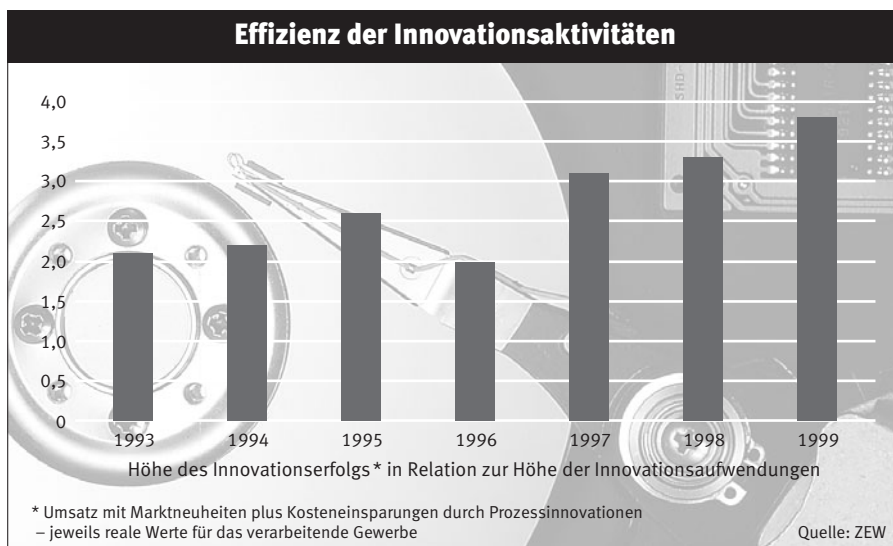


Effizienz von Innovationsaktivitäten

In den vergangenen Jahren gab es vermehrt Hinweise, dass Unternehmen ihre Innovationsprojekte zusehends effizienter durchführen. So stieg trotz stagnierender FuE-Ausgaben die Zahl der Patentanmeldungen kontinuierlich. Auch nahm der Innovationserfolg zu, obwohl die Innovationsbudgets konstant blieben. Eine ZEW-Untersuchung zur Relation zwischen Innovationserträgen und -aufwendungen erhärtet diese Vermutung.



■ In den 90er Jahren stieg in vielen OECD-Ländern die Zahl der Patentanmeldungen deutlicher stärker als der reale Aufwand für Forschung und Entwicklung (FuE). Dies ist in Deutschland besonders ausgeprägt. Die Entwicklung gab zu Spekulationen Anlass, ob die FuE-Anstrengungen der Unternehmen effizienter werden, denn je eingesetzter Geldeinheit für FuE wird offenbar ein größerer Output erzielt. Erklärt wird dies unterschiedlich. So verkürzt beispielsweise eine Konzentration auf anwendungsnähere Forschungsvorhaben die Projektzeiten und führt rascher zu greifbaren, kommerziellen Ergebnissen. Verbesserungen in der Organisation von FuE helfen Kosten sparen, ohne den Output zu schmälern. Die Nutzung von Verbundvor-

teilen im Rahmen von Forschungsk Kooperationen, insbesondere mit der Wissenschaft, erleichtert die effiziente Nutzung von FuE-Ergebnissen Dritter. Schließlich verfolgen Unternehmen die Strategie, durch die Anmeldung möglichst vieler Patente den Unternehmenswert zu erhöhen, um so den Aktienkurs zu pflegen und Übernahmen durch andere Unternehmen zu erschweren.

Ein Maß für Innovationseffizienz

Im Rahmen der jährlichen Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands hat das ZEW einen Indikator für die Effizienz von Innovationsaktivitäten ermittelt. Er misst das Verhältnis zwischen monetär bewerte-

tem Innovationserfolg und den hierfür getätigten monetären Aufwendungen. Für Produktinnovationen wird der Innovationserfolg anhand des Umsatzes gemessen, der mit Marktneuheiten erzielt wird, für Prozessinnovationen werden die durch diese Innovationen eingesparten Kosten als Erfolgsgröße herangezogen. Dem Innovationserfolg werden die Innovationsaufwendungen der vorangegangenen Drei-Jahres-Periode zeitverzögert um ein halbes Jahr gegenübergestellt. Die Berechnungen erfolgen real und für 13 Branchen des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Effizienz der Innovationsaktivitäten seit 1993 kontinuierlich zugenommen hat, lediglich unterbrochen von einem Rückgang 1996 aufgrund von geringeren Umsatzerlösen mit Marktneuheiten. Im Jahr 1999 war die Effizienz der Innovationsaktivitäten um 80 Prozent höher als

In dieser Ausgabe

Effizienz von Innovationsaktivitäten	1
Wann leisten Mitarbeiter Widerstand gegen Innovationsprojekte?	2
Manager innovieren erfolgreicher	3
Finanzmarktintegration in der EU	4
Innovationswirkungen des EG-Umwelt-Auditsystems in Baden-Württemberg	5
ZEW-Seminar; ZEW-Termine; ZEW-Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten; ZEW-Intern	7
Standpunkt	8

ZEW-Forschungsergebnisse

1993. Dies ist auf einen Rückgang der realen Innovationsaufwendungen bei gleichzeitig starkem Anstieg des in finanziellen Größen gemessenen Innovationserfolgs zurückzuführen. Während die realen Innovationsaufwendungen zwischen 1991/1993 und 1997/99 um jahresdurchschnittlich 1,8 Prozent gefallen sind, haben die realen Umsätze mit Marktneuheiten zwischen 1993 und 1999 jahresdurchschnittlich um 11 Prozent zugelegt. Der Anstieg der mit Hilfe von Prozessinnovationen realisierten Kostensenkungen blieb demgegenüber mit

einem jahresdurchschnittlichen Wachstum zwischen 1993 bis 1999 von 3,1 Prozent zurück, ist aber trotzdem beachtlich.

Die Effizienz der Innovationsaktivitäten ist in allen Branchen gestiegen, allerdings unterschiedlich schnell. Voran liegen die weniger FuE-intensiven Branchen wie die Holz-, Papier- oder Kunststoffindustrie. In diesen von der Beschäftigtenzahl her schrumpfenden und durch einen starken Preiswettbewerb gekennzeichneten Branchen können sich auf Dauer nur jene Unternehmen am Markt behaupten, die mit Innovationen Kostenvorteile erzielen. Dies

gilt sowohl für Prozessinnovationen als auch für neue Produkte mit einem günstigeren Preis-Leistungs-Verhältnis für die Kunden. In den forschungsintensiven Industrien kann die Innovationseffizienz nicht so stark erhöht werden, da kürzere Produktzyklen in rascher Folge Neuerungen im Produktsortiment und oft auch in den Produktionsanlagen erfordern. Dadurch ist die Amortisationszeit, in der Produkt- und Prozessinnovationen in zusätzlichen Umsatz und in Kosteneinsparungen umgemünzt werden können, kurz. ◀

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

Wann leisten Mitarbeiter Widerstand gegen Innovationsprojekte?

Ob Mitarbeiter gegen geplante Innovationen Widerstand leisten, hängt nicht nur vom Geschick des Managements bei der Einführung der Innovation ab, sondern auch vom wirtschaftlichen Umfeld des Betriebs. ZEW-Studien zeigen, welche Unternehmen mit Schwierigkeiten rechnen müssen.

■ Der Widerstand der Mitarbeiter gegen Innovationen ist ein wichtiges Hemmnis bei der Durchführung von notwendigen Veränderungen im Betrieb. So gaben mehr als 16 Prozent der innovierenden Firmen des deutschen Dienstleistungssektors im Jahr 1999 an, dass interner Widerstand die Durchführung von Innovationen stark verlangsamte. Fünf Prozent der Unternehmen brachen Innovationen ab, und sieben Prozent begannen die Innovationsprojekte erst gar nicht. Deshalb ist es unter Umständen für die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens ausschlaggebend herauszufinden, wann Widerstände der Belegschaft drohen, und zu lernen, welche Auslöser es dafür gibt und wie diese umgangen werden können. So kann beispielsweise eine wichtige Ursache sein, dass den Mitarbeitern mit Innovationen immer auch Anpassungskosten entstehen, die sich möglicherweise für sie nicht auszahlen. Deshalb versuchen die Mitarbeiter in diesem Fall die Einführung von Innovationen zu verhindern, indem

sie auf die Entscheidung des Managements Einfluss nehmen.

Untersuchungen des ZEW auf Basis des Mannheimer Innovationspanels für Dienstleistungen zeigen aber noch weitere Gründe für Widerstände von Mitarbeitern gegen Innovationen. So steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich interner Widerstand regt, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die Mitarbeiter in den Genuss von Vorteilen durch die Einführung der Innovation kommen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Weiterbeschäftigung der bisherigen Mitarbeiter in Gefahr ist. Deshalb wird beobachtet, dass in Firmen der Widerstand höher ist, in denen in jüngster Zeit die Beschäftigung gesunken ist. In geringerem Umfang gilt dies auch für Firmen mit negativen Umsatz- und Beschäftigungserwartungen für niedriger qualifizierte Mitarbeiter. Ebenso ist die Gefahr interner Widerstände größer, wenn Innovationen im Betrieb zu Kostenreduktionen führen. Auch diejenigen Unternehmen sehen sich häufiger innovationsunwilligen Mitarbeitern

gegenüber, die ihren Geschäftserfolg auf Kostenführerschaft anstatt Diversifizierung begründen, und deren Innovationsziel die Steigerung der Leistung der Mitarbeiter anstatt die Verbesserung ihrer Produkte oder Dienstleistungen ist.

Diese Zusammenhänge gelten sowohl für Unternehmen mit einem erfolgreichen change management als auch für Unternehmen, die Innovationen mit problematischen Personalmanagement-Methoden durchsetzen wollen. Die Studie zeigt weiterhin keinen Unterschied zwischen erfolgreichen und weniger erfolgreichen Innovatoren. Deshalb sollten Unternehmen, in denen die Vorteile der Innovation für die Beschäftigten unsicher oder gering sind, im Vorfeld geplanter Innovationen geeignete Maßnahmen ergreifen, um deren Durchsetzung zu erleichtern. Zu diesen Maßnahmen zählen beispielsweise Informationen zur Verringerung der mit der Innovation verbundenen Unsicherheit und Kompensationen bereits vor der Einführung der Innovationen. ◀

Dr. Thomas Zwick, zwick@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Manager innovieren erfolgreicher

Unternehmenseigner, die ihre Firma selbst führen, innovieren zurückhaltender als Manager. Halten Geschäftsführer keine Kapitalanteile eines Unternehmens, erzielen diese im Durchschnitt einen höheren Anteil ihres Umsatzes mit Marktneuheiten. Dies belegt eine kürzlich erschienene Studie der Universität Essen und des ZEW.

■ Die Studie (ZEW Discussion Paper No. 01-70) untersucht Faktoren, die Unternehmen dazu veranlassen, Innovationen durchzuführen. Es wird zwischen managergeleiteten und eignergeführten Unternehmen unterschieden. Bei diesen beiden Leitungsstrukturen treten hinsichtlich der Anreize zu innovieren asymmetrische Effekte auf. Einerseits geht die ökonomische Literatur häufig davon aus, dass Unternehmer risikoneutral sind und Arbeitnehmer risikoavers. Da Innovationsprojekte stets risikobehaftet sind, würde aus dem unterschiedlichen Risikoverhalten folgen, dass angestellte Manager weniger häufig innovieren als Kapitaleigner, die ein Unternehmen leiten. Ferner droht Managern eine Entlassung, wenn bedeutende Innovationsprojekte fehlschlagen. Auch dies hat zur Folge, dass angestellte Manager bei Innovationen zurückhaltender sind als Kapitaleigner. Andererseits ist es ein weitgehend akzeptiertes „stilisiertes Faktum“, dass die

Gehälter von Managern von der Unternehmensgröße abhängen und Manager daher wachstumsorientiert handeln. Da das Wachstum eines Unternehmens auch von seinen Innovationen bestimmt wird, deutet dieses Argument darauf hin, dass Manager innovationsfreudiger als Kapitaleigner sind: Manager forcieren das Unternehmenswachstum, während Eigner ihre Gewinne maximieren. Die Risikoaversion und die Wachstumsorientierung der Manager sind gegenläufige Effekte, die das Innovationsverhalten von Managern und Kapitaleig-

nern beeinflussen. Welcher Effekt überwiegt, war bisher unklar. Das ZEW hat gemeinsam mit der Universität Essen diese Fragestellung empirisch untersucht.

Nachdem bereits in einer vorangegangenen Studie gezeigt werden konnte, dass managergeleitete Firmen höhere Forschungs- und Entwicklungsintensitäten aufweisen als eignergeleitete (ZEW Discussion Paper No. 00-68), werden in der aktuellen Untersuchung die Erfolge

variationen nicht mehr als weniger intensiv forschende Firmen. In diesem Fall könnte man von einer Verschwendung des Kapitals der Eigentümer für zu viele Forschungsaktivitäten sprechen.

Umsatzanteile mit Marktneuheiten

Als Erfolgsmaß für die Innovationsaktivitäten werden in der aktuellen Untersuchung die Umsatzanteile mit Markt-

neuheiten untersucht, die in den vergangenen drei Jahren eingeführt wurden. Verwendet wird eine Stichprobe von 2.018 Beobachtungen innovierender Unternehmen. Die analysierten Firmen stammen aus Branchen der Spitzentechnik und der höherwertigen Technik in Deutschland. Dazu zählen unter anderem die chemische Industrie, der Maschinen- und Fahrzeugbau, die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, die Elektro- und Nachrichtentechnik sowie die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik. In diesen Branchen stellen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ein wichtiges strategisches Element der Unternehmensführung dar.

Die Studie zeigt, dass in der Tat der zweite beschriebene Effekt überwiegt: Managergeleitete Unternehmen sind am Markt innovativer als eignergeleitete. Manager erwirtschaften einen größeren Anteil des Umsatzes ihrer Unternehmen mit Marktneuheiten, die innerhalb der letzten drei Jahre eingeführt wurden. Dieses Ergebnis weist darauf hin, dass unterschiedliche Leitungsstrukturen von Unternehmen wichtige Konsequenzen für innovative Produkte deutscher Unternehmen haben können. ◀

Dirk Czarnitzki, czarnitzki@zew.de;
Prof. Dr. K. Kraft, kraft@wipol.uni-essen.de



dieser Aktivitäten untersucht. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass – wenn der zweite beschriebene Effekt überwiegt – die stärkere Forschungsorientierung der Manager unter Umständen in zu hohen Investitionen in Innovationsprojekte resultiert. Werden die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten nicht effizient durchgeführt, wird dieses höhere Engagement nicht notwendigerweise in weitere am Markt erfolgreiche Produkte umgesetzt. Als Folge würden managementgeleitete Unternehmen zwar höhere Forschungsintensitäten aufweisen, jedoch erwirtschafteten sie mit ihren Inno-

ZEW-Forschungsergebnisse

Finanzdienstleistungen in der EU: Hindernisse kosten Milliarden

Nach wie vor herrscht in der EU viel nationale Eigenbrötelei. Auf dem unvollendeten Markt für Bank- und Versicherungsdienstleistungen kostet dies den Endverbraucher Jahr für Jahr mehrere Milliarden Euro. Vor allem Steuerdiskriminierung, nationale Unterschiede beim Konsumentenschutz und in den Aufsichtssystemen sowie fehlendes Konsumentenvertrauen sind Barrieren, die noch überwunden werden müssen.

■ Die Einführung der Gemeinschaftswährung Euro hat zwar zu einem Zusammenwachsen von Geld- und Wertpapiermärkten in Europa geführt. Auf den Märkten für den Endverbraucher aber stellen nationale Grenzen immer noch eine kaum zu überwindende Barriere dar. Diese Hindernisse sind Gegenstand einer Studie, die unter der Federführung des ZEW und des Berliner Instituts für Europäische Politik (IEP) erarbeitet wurde (www.zew.de/erfstudyresults).

Hinsichtlich der Ursachen für die zähe Finanzmarktintegration unterscheiden die Autoren der Studie zwischen natürlichen und politikverursachten Hindernissen für einen integrierten Markt. Denn es ist unstrittig, dass natürliche Faktoren wie etwa Unterschiede von Sprache und Mentalität in Europa eine Relevanz haben, die etwa auf dem US-Binnenmarkt so nicht gegeben ist. Insofern die unvollständige Integration auf diese Faktoren zurückzuführen ist, sind der Politik zumindest kurzfristig die Hände gebunden.

Doch nicht alle Probleme haben, wie die Studie zeigt, derartige, kurzfristig kaum veränderbare Ursachen. Vielmehr gibt es zahlreiche Hindernisse für den Finanzdienstleistungsmarkt in Europa, die durch politische Entscheidungen überwunden werden könnten, wie etwa Steuerdiskriminierung, nationale Unterschiede im Konsumentenschutz und in der Banken- und Versicherungsaufsicht, zu langsame Gesetzgebung auf EU-Ebene sowie fehlendes Konsumentenvertrauen.

Vorteile durch mehr Integration

Die ZEW/IEP-Studie zeigt weiterhin, dass besser integrierte europäische Märkte für Finanzdienstleistungen für die Kunden sinkende Kosten mit sich bringen

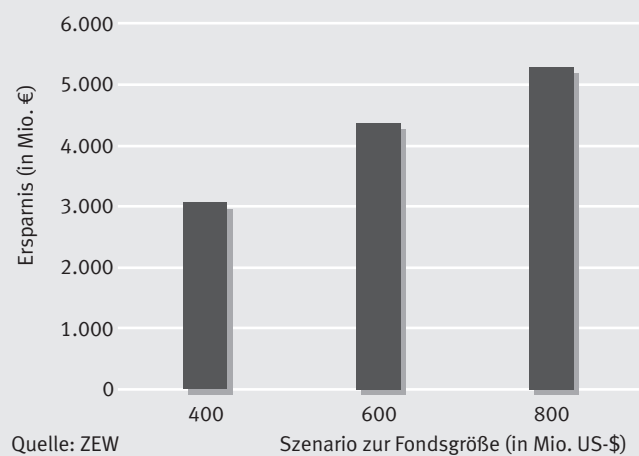
würden. So hat die Zersplitterung in nationale Märkte zur Folge, dass Skalenerträge großer Fondsvolumina nicht ausgenutzt werden können. Bei einem integrierten Markt unter der Annahme der Angleichung des durchschnittlichen Fondsvolumens zwischen der EU und den USA und auf Basis der gegenwärtigen Größe des EU-Fondsmarkts sind Kostensenkungen im Umfang von fünf Milliarden Euro jährlich vorstellbar (siehe Grafik).

Auch bei der Inanspruchnahme von Krediten könnten europäische Konsumenten von mehr Integration nur profitieren. Da in einigen Ländern fallende Kapitalmarktzinsen nur langsam an die Kreditnehmer weitergegeben werden, wäre hier mehr Integration mit mehr Wettbewerb und mit einer zügigeren Weitergabe von Zinsvorteilen an die Bankkundschaft verbunden.

Es wären mit integrierten Märkten für Finanzdienstleistungen aber auch positive gesamtwirtschaftliche Effekte zu erwarten, denn Integrationsfortschritte wirken in der Tendenz wachstumsbelebend. Nicht zuletzt die Akzeptanz des Euro als globaler Währung würde profitieren, weil leistungsfähige Finanzmärkte auch die weltweite Akzeptanz einer Währung fördern.

Aus all diesen Einsichten lassen sich eine Reihe von politischen Schlussfolgerungen ziehen. Die Politik hat zwar bereits richtige Weichenstellungen vorge-

Potenzielle Ersparnisse bei Fondskosten



nommen. So soll etwa der Aktionsplan für Finanzdienstleistungen, der eine Reihe der drängenden Integrationsprobleme benennt, bis zum Jahr 2005 umgesetzt sein. Darüber hinaus ist aber noch einiges mehr zu leisten. Vorrangig ist die Bekämpfung der erwähnten steuerdiskriminierenden Tatbestände. Auf Dauer werden die Mitgliedstaaten auch nicht umhin kommen, sich über eine Vereinheitlichung der Regeln des Konsumentenschutzes Gedanken zu machen. Auch mehr Aufklärungsarbeit ist zu leisten, was die Zuverlässigkeit grenzüberschreitender Finanzgeschäfte anbelangt.

Zu fragen ist schließlich, ob der nationale Grundansatz in der Bankenaufsicht noch den Anforderungen eines einheitlichen Währungsgebiets genügt. Kurzfristig ist hier eine Angleichung der Verwaltungspraxis der einzelnen Länder und eine weitere Optimierung der Kooperation notwendig. Langfristig kann aber auch die Schaffung eines europäischen Aufsichtsystems notwendig werden. ◀

Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Innovationswirkungen des EG-Umwelt-Auditsystems in Baden-Württemberg

Das EG-Umwelt-Audit-System (EMAS), das europäische Unternehmen zu Innovationen in umweltfreundlichere Produkte und Produktionsverfahren anregen soll, existiert seit Mitte der 90er Jahre. Dass es das Innovationspotenzial von Unternehmen tatsächlich steigert, zeigt der Zwischenbericht einer aktuellen ZEW-Studie zu den Innovationswirkungen des EMAS bei Unternehmen in Baden-Württemberg.

■ Ein Ziel ökologischer Modernisierung ist die Ausgestaltung von Umweltpolitik in einer Weise, die die umweltfreundliche Produktion von Gütern und Dienstleistungen mit einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen verbindet. In den vergangenen Jahren werden hier insbesondere „weichen“ Instrumenten mögliche Innovationswirkungen zugesprochen. Wichtige Instrumente sind auf betrieblicher Ebene die Einführung von Umweltmanagementsystemen (UMS) und auf Regulierungsebene entsprechende Zertifizierungssys-

Während das allgemeine Kosten-Nutzen-Verhältnis von UMS und EMAS bereits erforscht wurde, sind ihre Innovationswirkungen bislang noch nicht systematisch untersucht worden. Auch ihre Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit ist kaum erforscht. Diese Forschungslücke schließt das ZEW nun in Zusammenarbeit mit dem Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Berlin mit einem gemeinsamen Projekt, das die Innovationswirkungen von UMS exemplarisch bezogen auf Unternehmen in Baden-Württemberg untersucht.

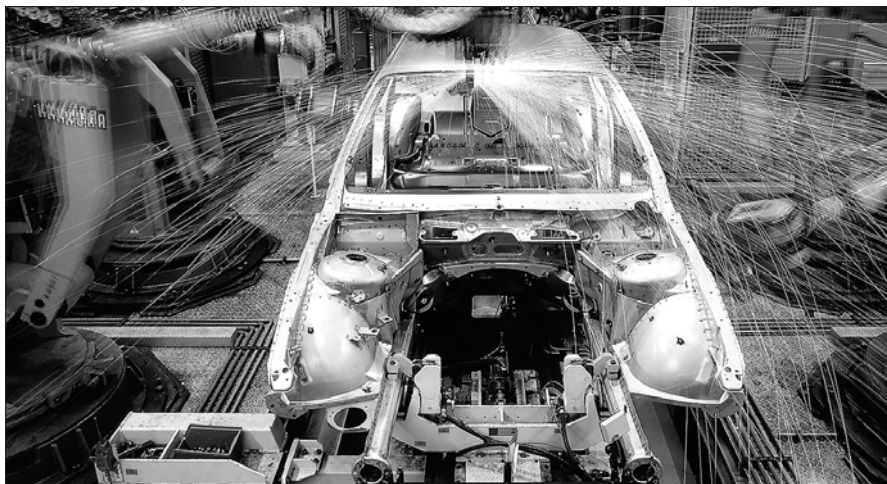
wirkt und das Innovationspotenzial der Unternehmen steigert;

- die Reichweite der eingeführten UMS im Laufe der Zeit zunimmt;
- Produktinnovationen im Rahmen der betrieblichen Umweltmanagementsysteme von untergeordneter Bedeutung sind;
- die Innovations- und Wettbewerbswirkungen von UMS deutlich verbessert werden, wenn die Unternehmen operatives Umweltmanagement und strategischem Management verbinden.

EMAS Auslöser von Innovationen

Nach Auswertung der Fallstudien zeigt sich als vorläufiges Ergebnis, dass EMAS sowohl direkt Innovationen auslöst als auch indirekt Innovationen unterstützt. Bei zunehmender Erfahrung der Unternehmen mit Umweltmanagement ist eine höhere Reichweite in dem Sinne festzustellen, dass vermehrt überbetriebliche Maßnahmen sowie Innovationen in vor- und nachgelagerten Bereichen (beispielsweise Energieversorgung, Logistik) stattfinden. EMAS wird als Maßnahme der Betriebsökologie angesehen und insofern kaum in Zusammenhang mit Produktökologie sowie Produktinnovationen im engeren Sinne gebracht. Auf betrieblicher Ebene sind allerdings EMAS-Effekte insofern feststellbar, als dass die Unternehmen Umweltkriterien bei der betrieblichen Produktplanung berücksichtigen. Insofern kann von organisatorischen Innovationen in der Produktplanung als Folge von EMAS gesprochen werden. Die Bedeutung der Verknüpfung von Umweltmanagement mit strategischem Management für den Innovations- und den Wettbewerbserfolg konnte bislang nicht bestätigt werden. ◀

Dr. Klaus Rennings, rennings@zew.de



teme wie das EG-Umwelt-Audit-System (EMAS). Von diesen Maßnahmen erhofft man sich Prozessinnovationen, die dazu beitragen, die Umweltqualität zu verbessern, und gleichzeitig die Kosten für Energie, Wasser, Abfall oder Material zu senken. Weiterhin sollen sie die Unternehmen anregen, Produktinnovationen zur Entwicklung öko-effizienter Produkte und Dienstleistungen durchzuführen. Eine Besonderheit liegt darin, dass UMS neben Prozessinnovationen in erster Linie organisatorische Innovationen hervorrufen können.

Zunächst entwickelten ZEW und IÖW unter Rückgriff auf die einschlägige Literatur ein Wirkungsmodell und formulierten Hypothesen, die in der zweiten Phase durch zwölf Unternehmensfallstudien in Baden-Württemberg getestet wurden. Um repräsentative Aussagen zu ermöglichen, besteht die dritte Phase aus einer telefonischen Breitenbefragung, die voraussichtlich bis Mitte dieses Jahres andauern wird.

Kernhypothesen des Projekts sind, dass

- Innovationen kaum durch EMAS allein ausgelöst werden, EMAS aber indirekt

ZEW-Seminar

Regulierung und Zusammenschaltung auf Telekommunikationsmärkten

■ Am 28. Februar 2002 hielt Dr. Martin Peitz, Universität Frankfurt, im Rahmen eines ZEW-Seminars einen Vortrag zum Thema „Regulierung und Zusammenschaltung auf Telekommunikationsmärkten“. Peitz untersucht in seiner Arbeit den Einfluss verschiedener Preisregulierungsansätze für Zusammenschaltungsentgelte und Endkundenpreise auf den Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt.

Am ZEW stellte Peitz ein spieltheoretisches Modell eines liberalisierten Telekommunikationsmarkts vor, in dem das ehemalige Monopolunternehmen noch eine dominante Marktstellung inne hat. Die neuen Anbieter im Markt modelliert er mit Hilfe eines repräsentativen Marktneulings, der bereits Investitionen in die eigene Infrastruktur getätigt hat und Kun-

den entweder über eigene Leitungen oder gemietete Teilnehmeranschlussleitungen komplett anschließen kann. Der etablierte Betreiber genießt aufgrund langjähriger Interaktion mit den Kunden einen Vertrauensvorschuss. Dieser zeichnet sich durch ein höheres fixes Nutzenniveau der Kunden aus, wenn diese die Dienstleistung des ehemaligen Monopolisten in Anspruch nehmen. Um Kunden zu gewinnen, setzen die Unternehmen die monatliche Grundgebühr sowie einen minutenabhängigen Preis strategisch ein.

Peitz kann in seinem Modell zeigen, dass Marktzutritt durch eine asymmetrische Regulierung begünstigt wird, bei der ein Marktneuling ein geringeres Zusammenschaltungsentgelt für die Terminierung seiner Gespräche im Netz des eingewachsenen Unternehmens entrichtet als

er im umgekehrten Fall in Rechnung stellt. Auch die Konsumenten profitieren von dieser Regulierungspolitik, da das alteingesessene Unternehmen durch den Wettbewerb mit dem Marktneuling zu einer aggressiveren Preispolitik im Endkundenmarkt gezwungen ist.

Peitz folgert hieraus, dass die Regulierung der Zusammenschaltungsentgelte im Telekommunikationsmarkt in den ersten Jahren nach Marktöffnung asymmetrisch erfolgen sollte. Als Maßstab für die Festlegung des Terminierungsentgelts des ehemaligen Monopolisten könnten die tatsächlichen Kosten der Zusammenschaltung herangezogen werden. Neu eintretenden Unternehmen sollte ein Aufschlag auf diese Kosten gestattet sein. ◀

Information: Margit Vanberg, vanberg@zew.de

ZEW-Termine

■ Expertenseminare

Teilzeitarbeit und Befristung in der betrieblichen Praxis, 18. April 2002, ZEW-Gebäude

Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren, 23. April 2002, ZEW-Gebäude

Finanzmarkt-Ökonometrie: Analyse und Prognose von Finanzmärkten (Teil 1: Grundlagen), 16.-17. Mai 2002, ZEW-Gebäude

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de

Wir senden Ihnen auch gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail: pauli@zew.de

ZEW-Neuerscheinungen

■ Discussion Papers

Böhringer, Christoph; Vogt, Carsten: *Rio – 10 Years After: A Critical Appraisal of Climate Policy*, No. 02-09.

Böhringer, Christoph; Schwager, Robert: *Die Ökologische Steuerreform in Deutschland – ein umweltpolitisches Feigenblatt*, No. 02-14.

Boeters, Stefan: *Tax Progressivity and the Trade Union's Fallback-Option*, No. 02-15.

Fitzenberger, Bernd; Speckesser, Stefan: *Weiterbildungsmaßnahmen in Ostdeutschland. Ein Misserfolg der Arbeitsmarktpolitik?*, No. 02-16.

Buettner, Thiess: *The Impact of Taxes and Public Spending on the Location of FDI: Evidence from FDI-flows within Europe*, No. 02-17.

Boockmann, Bernhard; Dreher, Axel:

The Contribution of the IMF and the World Bank to Economic Freedom, No. 02-18.

Heinemann, Friedrich: *Factor Mobility, Government Debt and the Decline in Public Investment*, No. 02-19.

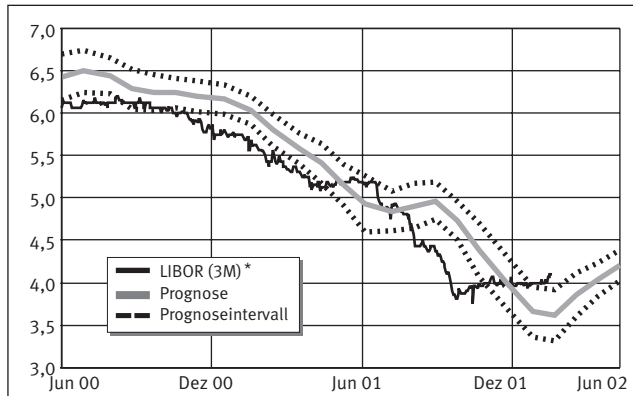
Hüfner, Felix P.; Schröder, Michael: *Exchange Rate Pass-Through to Consumer Prices: A European Perspective*, No. 02-20.

■ NEU: ZEW-Jahresbericht 2001

erhältlich im Internet als pdf-Dokument unter www.zew.de/de/publikationen/jahresbericht.php3 oder in gedruckter Form beim Vertrieb des ZEW (Telefon 0621-1235-122; E-Mail vertrieb@zew.de)

Daten und Fakten

ZEW-Finanzmarkttest im März: Wann kommt in Großbritannien die erste Zinserhöhung?

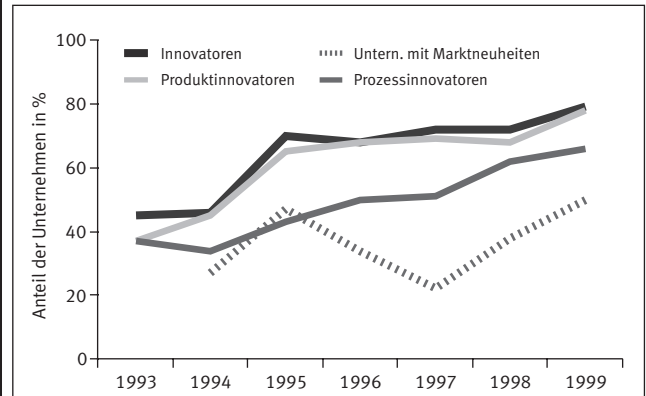


Quelle: *Thomson Financial Datastream; ZEW

In Großbritannien nimmt der Konjunkturoptimismus zu. Fast 55 Prozent der befragten Analysten erwarten mittelfristig eine konjunkturelle Belebung (Vormonat: 39 Prozent). Dies zeigt sich auch in den Erwartungen für den Aktienmarkt: Die Analysten sehen den FTSE-100 im Juni bei fast 5.600 Punkten. Wegen der positiveren Konjunkturerwartungen gehen auch mehr Analysten davon aus, dass die Bank of England die Zinsen bald erhöhen wird. Fast jeder dritte rechnet damit, dass schon binnen der nächsten drei Monate die erste Zinserhöhung stattfinden wird. Fast alle übrigen meinen jedoch, dass die erste Zinserhöhung länger auf sich warten lassen wird.

Volker Kleff, kleff@zew.de

Fahrzeugbau: Anteil der Unternehmen mit Innovationen stark gestiegen



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 2000

Im Fahrzeugbau hat sich der Innovatorenanteil 1999 deutlich erhöht. 79 Prozent der Unternehmen führten Innovationen durch, sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Fast alle Innovatoren haben eine Produktinnovation auf den Markt gebracht. Aber auch der Anteil der Unternehmen mit neuen Prozessen ist, anders als in der Industrie insgesamt, in der Branche weiter gestiegen. Bemerkenswert ist außerdem, dass jeder zweite Fahrzeughersteller seinen Kunden Marktneuheiten angeboten hat. Dies entspricht einem Anstieg um zwölf Prozentpunkte gegenüber 1998. Im Vergleich zu 1997 hat sich der Anteil der Unternehmen mit Marktneuheiten sogar mehr als verdoppelt.

Tobias Schmidt, schmidt@zew.de

ZEW-Intern

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) in Mannheim sucht für den Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ eine/n

wissenschaftlichen Mitarbeiter/in

Sie haben ein abgeschlossenes Studium der Volkswirtschaftslehre und interessieren sich für Arbeitsmarktforschung. Kenntnisse in Ökonometrie sind erwünscht. Ihre Aufgabe ist es, eigenverantwortlich Forschungsprojekte im Bereich der empirischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu bearbeiten. Wir erwarten, dass Sie die Ergebnisse Ihrer Arbeit sowohl im wissenschaftlichen als auch im wirtschaftspolitischen Bereich – auch in englischer Sprache – überzeugend vermitteln können.

Wir bieten Ihnen eine abwechslungsreiche Tätigkeit in einem führenden Forschungsinstitut sowie eine Vergütung nach BAT und den damit verbundenen Sozialleistungen. Hervorragende Weiterbildungsmöglichkeiten durch unser nationales und internationales Netzwerk eröffnen Ihnen eine attraktive Perspektive. Eine Promotion/Habilitation im Rahmen der Arbeit wird unterstützt.

Wenn Sie Ihr Wissen und Ihr Engagement in einem jungen Team einbringen wollen, senden Sie bitte Ihre Bewerbung unter dem Stichwort „Arbeitsmärkte News-4/02“ bis spätestens 19. April 2002 an das

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

Herrn Thomas Kohl
L 7, 1 · D-68161 Mannheim

Weitere Stellenangebote:
www.zew.de



standpunkt

Systemumbau

Die Bundesregierung hat eine Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ berufen. Im Hinblick auf die angestrebte Reform der Bundesanstalt für Arbeit (BA) soll sie bis Mitte August dieses Jahres ein Konzept für den künftigen Aufgabenzuschnitt und die neue Organisationsstruktur der BA sowie ein Durchführungskonzept vorlegen. Dazu gehören unter anderem Überlegungen zur Arbeitslosenversicherung. Gleichzeitig hat sich der Vorstandsvorsitzende der BA dem Vernehmen nach für ein mit zunehmender Bezugsdauer gestaffeltes Arbeitslosengeld ausgesprochen. Die Bundesregierung schließlich plant für die nächste Legislaturperiode eine Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe.

Diese Ausgangslage macht einen beachtlichen Reformwillen deutlich. Den Beteiligten kann dabei seitens der Wissenschaft geholfen werden, sie brauchen das Rad nicht neu zu erfinden.

Lässt man die Semantik beiseite, so stellt es letztlich eine zweitrangige Frage dar, ob die Arbeitslosenhilfe nun mit der Sozialhilfe oder eher mit dem Arbeitslosengeld zusammengeführt oder einfach gestrichen wird, solange Einigkeit über ein zweistufiges System besteht, nämlich eine Arbeitslosenunterstützung einerseits und eine reformierte Sozialhilfe andererseits. Sicherlich steckt der Teufel im Detail, gleichwohl sollten die Chancen auf einen großen Reformwurf nicht vertan werden.

Eine neu konzipierte Arbeitslosenunterstützung muss sowohl einer gebührenden Eigenvorsorge aller Arbeitnehmer Rechnung tragen wie auch genügend Anreize für die Arbeitslosen bieten, ihre Suchanstrengungen zu intensivieren und angebotene Arbeitsplätze zu akzeptieren. Dazu ist zunächst eine Grundversicherung zu konzipieren, die für alle Arbeitnehmer verpflichtend ist, es sei denn, sie weisen eine andere äquivalente Absicherung nach. Die Leistungen der Grundsicherung sind für alle Arbeitslosen einheitlich, belaufen sich wie derzeit auf rund zwei Drittel des letzten

Nettolohns und sinken im Laufe der Dauer der Anspruchsberechtigung von beispielsweise einem Jahr auf ein durchschnittliches Sozialhilfeniveau. Weitergehende Ansprüche als Ersatz des Verdienstaufschlags bestehen nicht. Die Finanzierung erfolgt wie bisher hälftig von Arbeitnehmern und Unternehmen, wobei nach Risikoklassen wie etwa Branchenzugehörigkeit differenziert werden kann. Die Arbeitnehmer können mit Hilfe von Wahlтарifen die Leistungen auf eigene Kosten aufstocken. Solche Zusatzversicherungen mögen eine andere Tarifgestaltung, eine längere Bezugsdauer, Ansprüche an die Arbeitsämter auf Vermittlungsbemühungen und auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beinhalten. Auch hier können Risikoklassen vereinbart werden, etwa in Abhängigkeit der beruflichen Qualifikation des Versicherten.

Eine Reform der Sozialhilfe bezieht sich in erster Linie auf erwerbsfähige Bezieher. Die Einstufung muss wohl von den Amtsärzten vorgenommen werden. Der entscheidende Richtungswechsel im Systemumbau der Sozialhilfe belohnt die Arbeitsaufnahme und bestraft das selbst verschuldete Nichtstun und nicht umgekehrt, wie es bisher der Fall ist. Diesbezügliche Vorschläge liegen vor, werden hierzulande teilweise in Modellversuchen erprobt oder im Ausland bereits angewendet. Sie reichen von Varianten eines Einstiegsgehalts über Kombilohnkonzepte bis hin zum „Earned Income Tax Credit“, der in den Vereinigten Staaten zum Einsatz kommt. Soweit möglich, sollten die einschlägigen Evaluationen der Modellprojekte abgewartet werden, um dann einen umfassenden, konsistenten Ansatz zu wählen. Neben anderen Gesichtspunkten ergibt sich das Problem, wie die arbeitslosen Sozialhilfeempfänger zu behandeln sind, welche trotz eigener Bemühungen keinen Arbeitsplatz finden. Gewiss: Hier eine Reform zu konzipieren und umzusetzen, stellt eine Herausforderung ersten Ranges dar. Aber: Wir können den Reformstau nicht länger vor uns her schieben.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher